

# Landkreis Ravensburg

den 26. Feb. 2015

## Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses  
am 18.11.2014 im Landratsamt Ravensburg, Friedenstr. 6, 88212 Ravensburg,  
Sitzungssaal 6. OG

Dauer 14:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

#### CDU

Herr Rolf Engler,

Herr Bürgermeister Thomas Kellenberger,

Herr Bürgermeister Clemens Moll,

Herr Bürgermeister Peter Müller,

Frau Dr. Silke Rieser,

Herr Bürgermeister Daniel Steiner,

#### FWV

Herr Oberbürgermeister Markus Ewald,

Herr Matthias Grad,

Herr Hans Peter Künst,

#### SPD

Herr Peter Clément,

Frau Gisela Müller,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,

Frau Liv Pfluger,

Herr Siegfried Spangenberg,

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Frau Marlene Gegenbauer,

Herr Knut Immeke,

Frau Diana E. Raedler,

Herr Markus Thiel,

Frau Karin Winkler,

Abwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Wolfgang Pfefferle,

FWV

Herr Oberbürgermeister Michael Lang,

Die Linke

Herr Lars Raible,

Ausgelegte Tischvorlagen:

Übersicht zur Asylbewerberunterbringung, TOP 3

neuer Beschlussvorschlag als Austauschblatt, TOP 4

Pressemitteilung des Sozialministeriums, TOP 6

Kreisbehindertenbeauftragter, Kostenberechnung, TOP 6

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Anfragen und Bekanntgaben - ESF-Förderung
- 3 Unterbringung von Asylbewerbern
  - 3.1 Sachstandsbericht zur Unterbringungs- und Betreuungssituation
  - 3.2 Förderung der freiwilligen Rückkehr - Projekt "Return"
  - 3.3 Sprachkurseangebote für Asylbewerber
- 4 Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Ravensburg  
(Fördergrundsätze Integration)
- 5 Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe  
Modellversuch "ABW light"

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 11.11.2014 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende gratuliert KR Spangenberg zum heutigen Geburtstag und eröffnet die Sitzung.

## **Öffentliche Sitzung**

### § 11

#### Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokoll-Entwurf der Sitzung am 02.10.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

### § 12

#### Anfragen und Bekanntgaben - ESF-Förderung

Frau Raedler berichtet aus der Sitzung des Arbeitskreises ESF. Nachdem die fünf eingegangenen Anträge die maximale Fördersumme übersteigen, müsse nun eine Rankingliste erstellt werden. Erst nach erfolgter Priorisierung könne über die Anträge entschieden werden. Bei den Projekten gehe es hauptsächlich um Beschäftigungsförderung und um regionale Arbeitsmarktstrategien.

### § 13

#### Sachstandsbericht zur Unterbringungs- und Betreuungssituation

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die ausgeteilte Tischvorlage (siehe Anlagen) und schildert über die aktuelle Unterbringungssituation der Asylbewerber im Landkreis Ravensburg.

KR Spangenberg lobt die Arbeit der Kreisverwaltung bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten und hofft darauf, dass die hiesige Bevölkerung die Offenheit gegenüber den Flüchtlingen bewahren kann. Seine Bedenken richten sich gegen die Übernahme der Sozialberatung durch die Wohnheimleitung (Isny). Aus der Sicht der Helferkreise würde unter dieser Konstellation vor allem die Sozialberatung leiden, denn die Wohnheimleitung verfolge naturgemäß andere Interessen. Deshalb solle angestrebt werden, diese beiden Bereiche auf zwei Personen zu verteilen. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass schwertraumatisierte Menschen die Therapiemöglichkeiten nicht so nützen können, wie es wünschenswert wäre. Im Einzelfall könne dies zu einer Verschlechterung des Klimas innerhalb der Unterkunft führen oder auch die Nachbarschaftsverhältnisse belasten (Wangen).

Frau Raedler teilt mit, dass sich die Situation in Isny durch die Übernahme der Betreuung durch einen freien Träger geändert habe. Die Trauma-Behandlung sei prinzipiell kein Thema: „Wer eine Therapie braucht, bekommt sie nach erfolgter Überprüfung auch.“

Herr Thiel kennt den Fall in Wangen. Die Mitarbeiter vor Ort seien entsprechend sensibilisiert. Er beschreibt den oftmals mühsamen und bürokratischen Weg zur Bewilligung von Krankenhilfe.

KR Nippe fällt auf, dass die Stadt Bad Waldsee auf der Übersichtskarte „Standorte der Gemeinschaftsunterkünfte“ vergleichsweise wenig Plätze aufweist. Er fragt, ob dort eine Container-Aufstellung geplant sei bzw. was aus den Unterbringungsplänen im Ernährungszentrum geworden sei.

Frau Raedler bestätigt, dass Bad Waldsee nach der Flächenberechnungsmethode im Rückstand sei. Das Szenario Ernährungszentrum sei im Eskalationsplan vorgesehen, um für den Notfall unvermittelt eintreffender Busse mit Flüchtlingen eine Lösung parat zu haben. Bezüglich diverser Containerstandorte sei die Kreisverwaltung mit der Stadt Bad Waldsee in Verhandlungen. Näheres könne heute jedoch nicht kommuniziert werden.

KR Clement lässt wissen, dass es durchaus Behandlungsangebote für Folteropfer gibt. Sie würden allerdings nicht ausreichen. Problematisch seien zudem lange Anfahrtswege und Sprachhindernisse.

Frau Raedler berichtigt eine Pressemitteilung: Die im Krankenhaus St. Elisabeth erfolgten unzähligen Operationen eines Irakers seien nicht aus einem Sondertopf des Bundes finanziert worden, sondern von der Kreiskasse.

KRin Pfluger ist der Meinung, dass eine Arbeitsaufnahme nach drei Monaten wesentlich zur Beruhigung und Entlastung in den Unterkünften beitragen würde. Sie erkundigt sich, wie der Landkreis hier unterstützend tätig werden könnte.

Frau Raedler führt aus, dass die Kreisverwaltung mit den Bürgermeistern der Kommunen im Gespräch sei, um nach Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. An kreativen Ansätzen würde es nicht fehlen, allerdings stoße man oft an gesetzliche und haftungsrechtliche Grenzen. Ein weiteres Kriterium sei auch das jeweilige Stadium im Asylverfahren. Derzeit werde eine Erhebung zur Qualifikation der Flüchtlinge gemacht, deren Analyse hilfreich für das weitere Vorgehen sei.

KR Engler zeigt sich erleichtert über die leichte Entwarnung hinsichtlich der Erstunterbringung, zumal auch die Anschlussunterbringung noch zu einer großen Herausforderung werde. Er bittet darum, angesichts der Erhöhung der Mindestwohnfläche die neue Wohnraumstrategie frühzeitig darzustellen:

- Wie viele zusätzliche qm brauchen wir?
- Wie soll dies bewerkstelligt werden?
- Kostenübernahme des Landes?

Im Übrigen sei es fraglich, ob die Aufnahme einer Beschäftigung den gewünschten Effekt bringen werde. Bei dieser Thematik sei „noch lange nicht alles zu Ende gedacht“.

Der Vorsitzende rät dazu, das Gesetz zur Beschäftigung abzuwarten. Und hinsichtlich der heraufgesetzten Mindestwohnfläche komme ein Schritt nach dem anderen. Vordringlich sei die Unterbringung und erst danach könne man sich um die Zahl der qm kümmern.

KRin Müller macht darauf aufmerksam, dass ältere Standorte in Ravensburg zum Teil stark renovierungsbedürftig seien. Hier solle nach Ausweichalternativen, ggf. auch ausgelagerten Gemeinschaftsräumen, gesucht werden.

Frau Raedler berichtet vom Versuch, im Zuge der Aufstellung von Containern Aufenthaltsräume in der bestehenden Substanz zu schaffen.

KRin Müller interessiert sich für Sammelplätze für Winterkleidung, an der ein großer Bedarf bestehe.

Frau Raedler informiert, dass nach einem Spendenaufruf sehr viele Angebote eingegangen

sein. Allerdings sei es eine enorme Arbeit, die Waren zu sammeln, zu sortieren und zu reinigen. Dies könne die Landkreisverwaltung nicht leisten. Außerdem seien die Flüchtlinge zum Teil auch wählerisch.

KR Spangenberg kann verstehen, dass die Asylbewerber Kleidung tragen möchten, die ihnen steht.

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Sozialausschuss den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### § 14

##### Förderung der freiwilligen Rückkehr - Projekt "Return"

Herr Thiel verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und berichtet über das Projekt „Return“.

KRin Pfluger hält die Förderung der freiwilligen Rückkehr für eine wirksame Hilfestellung, jedoch nur, wenn wirklich keine Druckausübung erfolgt. Die „Rückkehrkooperation Württemberg“ sei zu unterstützen, dürfe aber keine Arbeitsintensivierung zur Folge haben.

Frau Raedler schildert die Konzeption. Es handle sich um eine verwaltungspraktische Erleichterung, um im größeren Verbund die Fördervoraussetzungen zu erreichen. Der Landkreis Ravensburg profitiere von der Bündelung der Abrechnungsstellen.

KR Kellenberger geht davon aus, dass das Projekt eine gute Absicht verfolgt. Wichtig sei aber auch die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde.

Herr Thiel teilt mit, dass die Projektbetreuerin bei Bedarf den Status und die rechtlichen Rahmenbedingungen mit der Ausländerbehörde abklärt.

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

#### § 15

## Sprachkursangebote für Asylbewerber

Frau Winkler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Konzeption zur Sprachförderung von Asylbewerbern.

Frau Raedler korrigiert den Beschlussvorschlag: ohne das Wort „unbefristet“.

KR Spangenberg hält die sprachliche Bildung für sehr wichtig. Nur mit sprachlicher Kompetenz könne eine Integration oder Beschäftigung erfolgreich verlaufen. Er schlägt vor, in einer Raumschaft den Alphabetisierungsgrad zu erfassen und je nach Ergebnis gezielte Kurse anzubieten. Es stelle sich die Frage, ob die auf ein Jahr angelegte Bereitstellung der Mittel sinnvoll sei. Man könne in absehbarer Zeit nicht mit einer Verbesserung der Situation rechnen. Im Gegenteil: Die Sprachförderung werde zu einer Daueraufgabe über viele Jahre.

Frau Raedler stimmt dieser Einschätzung grundsätzlich zu. Der Ausschuss müsse sich auf eine Alternative einigen und die Richtung vorgeben.

Frau Winkler möchte das Thema Alphabetisierung im nächsten Jahr aufgreifen und ggf. vor einen Sprachkurs schalten. Ein guter Ansatz sei die Bildung von homogenen Gruppen. Zu bedenken sei aber, dass vor Ort nicht immer genügend Personen zusammenkommen. Die daraus resultierenden dezentralen Angebote würden zu langen Anfahrten führen. Diese wiederum könnten die Motivation senken.

KR Spangenberg fragt, ob ein Ausbau der Sprachschulung geplant sei.

Frau Raedler verneint dies.

Auf Hinweis von KR Spangenberg teilt Frau Winkler mit, dass die Sprachkursträger bzw. die Volkshochschulen in die Konzeption zur Sprachförderung eingebunden werden.

KR Engler wünscht einen Gesamtüberblick über die professionellen und ehrenamtlichen Anbieter von Sprachkursen. Eine Kursstärke von bislang 8 bis 12 Personen kommt ihm wenig vor.

Frau Winkler meint, dass die Teilnehmerzahl auch immer davon abhängig sei, wie stark das diesbezügliche Engagement der örtlichen Helferkreismitglieder ist.

Frau Raedler relativiert: Die Sprachkursangebote stünden erst am Anfang. Mit zunehmender Bekanntheit bei den Helfern und Flüchtlingen werde sich auch die Zahl der Teilnehmer erhöhen. Sie sei zuversichtlich, dass die Inanspruchnahme im nächsten Jahr ansteigen wird.

KR P. Müller berichtet von der Situation in Wolfegg und dem dortigen Mangel an Lehrkräften. Der Helferkreis habe organisiert, dass Schullehrer die Sprachkurse ehrenamtlich durchführen. Seiner Meinung nach sollte der Bereich Sprachkurse finanziell und personell unterstützt werden.

Frau Raedler führt aus, dass dieser Aspekt gut in die Fördergrundsätze Integration passen würde.

Auf Frage von KRin Müller bestätigt Frau Raedler, dass derzeit genügend Plätze für die Lernwilligen vorhanden seien.

KRin Müller möchte die Finanzierung über ein Jahr hinaus sichergestellt wissen. Bei der Alphabetisierung unterscheidet sie zwischen den echten Analphabeten und der Unkenntnis anderer Schriften. Sie legt großen Wert auf die Qualifikation der Leiter von Sprach- und Integrationskursen.

Auch KR Clement plädiert für die unbefristete Weiterführung.

KR Nippe weckt Verständnis dafür, dass im Einzelfall die Motivation für einen Sprachkurs fehlt, wenn ständig die Abschiebung droht.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Sozialausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Der Weiterführung der Sprachkurse im Rahmen der *Konzeption zur Sprachförderung von Asylbewerbern im Landkreis Ravensburg* ab 01.01.2015 wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im jeweiligen Kreishaushalt zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich über den Sachstand der Sprachförderung von Asylbewerbern zu berichten.

Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Ravensburg

(Fördergrundsätze Integration)

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie das als Tischvorlage verteilte Austauschblatt mit dem neuen Beschlussvorschlag (siehe Anlagen) und stellt die Fördergrundsätze mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Engler legt Wert auf ein niederschwelliges Angebot mit unbürokratischen Formularen. Er greift die vorgesehene Antragsfrist 30.09. auf und gibt zu bedenken, dass mögliche Spontanprojekte nach Verstreichen dieser Frist nicht mehr gefördert werden können. Er plädiert für eine unterjährige Inanspruchnahme – ohne Stichtagsregelung. Außerdem hinterfragt er die Priorisierung der Projekte durch eine Jury. Er meint, die Projekt-Auswahl könne auch durch die Verwaltung erfolgen.

Frau Raedler teilt mit, dass die Formulare einfach angelegt seien. Bei Interesse könne sie die Formblätter KR Engler zur Verfügung stellen. Die Priorisierung durch eine Jury werde immer dann wichtig, wenn mehr Anträge vorliegen als Mittel vorhanden seien. In diesen Fällen stoße eine neutrale und unabhängige Wertung auf eine höhere Akzeptanz. Allerdings gehe sie davon aus, dass die Mittel in der Regel für die gestellten Anträge ausreichen.

Auf Nachfrage von KR Nippe bestätigt Frau Raedler, dass diese Fördergrundsätze künftig auch bei der Finanzierung der örtlichen Helferkreise in der Asylarbeit Anwendung finden werden.

Frau Fiegel-Hertrampf hält die Bildung einer Jury auch für etwas überzogen. Im Falle nicht ausreichender Mittel könnten doch für jeden vorliegenden Antrag die Mittel entsprechend gekürzt werden.

Frau Raedler kann sich mit dieser Lösung nicht anfreunden. Sie schlägt eine Versuchsphase ohne Jury vor. Die Verwaltung treffe vorerst die Auswahl. Sollte dies zu Problemen führen, werde sie wieder auf den Ausschuss zukommen.

KR Engler erwähnt nochmals die Stichtagsregelung zur Stellung eines Antrags.

Frau Raedler möchte den Termin 30.09. für das Folgejahr so stehenlassen.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Sozialausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Der Umsetzung der Fördergrundsätze des Landkreises Ravensburg zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ab 01.01.2015 wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Kreishaushalt 2015 zugestimmt. Die Auswahl der Projekte nach den Ziffern 2.1 bis 2.3 wird abweichend von der Sitzungsvorlage nicht von einer Jury, sondern von der Verwaltung getroffen.  
Im Jahr 2015 erfolgt im Wege einer Übergangsregelung eine zweimalige Antragsmöglichkeit zur zwar für das Jahr 2015 bis 30.04.2015 und für das Jahr 2016 bis 30.09.2015. In den Folgejahren verbleibt es beim jährlichen Stichtag 30.09.
2. Über die geförderten Maßnahmen wird im Sozialausschuss berichtet.

## § 17

### Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe; Modellversuch "ABW light"

Frau Gegenbauer nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert den Modellversuch.

KR Engler lobt die Intention und erkundigt sich nach der Laufzeit des „Modell-Projekts“.

Frau Raedler weist darauf hin, dass laufende Fälle nach Ablauf der Testphase (31.12.2016) für ein weiteres Jahr Bestandsschutz haben, falls der entsprechende Hilfebedarf weiterhin besteht. Die Sitzungsvorlage müsse unter Nr. 6, zweiter Absatz um die Worte „für ein Jahr“ ergänzt werden.

KRin Pfluger stimmt dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zu.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Sozialausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

- Der Durchführung des Modellversuchs „ABW light“ wird für zwei Jahre zugestimmt.
- Vor Ende des Modellversuchs, spätestens im August 2016, erfolgt ein Bericht im Sozialausschuss. Anschließend soll über die Übernahme als Regelangebot im GPV, die Übertragbarkeit auf den Bereich der Behindertenhilfe und die Überarbeitung der Richtlinien ABW/ ABW plus und des Modellversuchs ABW light als einheitliches Werk entschieden werden.
- Im Falle der Einstellung des Modellversuchs nach Ablauf der Testphase gilt für laufende Fälle für ein Jahr Bestandsschutz, falls der entsprechende Hilfebedarf weiterhin besteht.

**Auszug aus dem Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung  
des Sozialausschusses am 18.11.2014**

§ 18

Landesbehindertengleichstellungsgesetz: Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Dem Kreistag wird empfohlen, nach Inkrafttreten des L-BGG wie folgt zu beschließen:

Für den Landkreis Ravensburg wird für die Zeit der Förderung durch das Land Baden-Württemberg ein Kreisbehindertenbeauftragter im Ehrenamt bestellt. Zugleich wird die bisherige Kreisbehindertenbeauftragte des Landkreises Ravensburg von dieser Aufgabe entbunden.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte